

durch die Maßnahmen der Besatzungsbehörden, wie durch die Initiative der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, wurden in der sowjetisch besetzten Zone die Betriebsleitungen von Faschisten und Kriegsinteressenten gesäubert und die Konzerne und Syndikate liquidiert. Wenn man berücksichtigt, daß für manche Industriezweige und Großbetriebe frühere Ingenieure, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre auf leitende Posten berufen wurden, die sich erst in das neue Aufgabengebiet einarbeiten mußten, so kann man sagen, daß in dieser kurzen Zeit von den demokratischen Kräften eine gute, erfolgreiche Arbeit geleistet worden ist. Es ist uns gelungen, im größten Teil des sowjetisch besetzten Gebietes die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Und selbst dort, wo es noch Arbeitslosigkeit gibt, ist es nur notwendig, daß eine Umgruppierung der Arbeitskräfte in die Gebiete erfolgt, wo gegenwärtig ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist.

Die Neuverteilung der Arbeitskräfte wird uns die Möglichkeit geben, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Worin besteht das grundsätzlich Neue? Es besteht darin, daß die Betriebe der Kriegsinteressenten beschlagnahmt sind, daß die Betriebe der Kriegsinteressenten und Nazis, die nicht von den Besatzungsbehörden für sich in Anspruch genommen werden, im Laufe der nächsten Zeit in die Hände der demokratischen Selbstverwaltungsorgane übergehen werden. Würden diese Betriebe in den Händen der früheren Kriegsinteressenten bleiben, so würden diese Kräfte aufs neue die Möglichkeit haben, ihre alte Krisen- und Kriegspolitik fortzusetzen. Deshalb ist es im Interesse des Friedens und des richtigen Einsatzes dieser Betriebe für den Neuaufbau notwendig, daß sie in die Hände der Landes- bzw. Provinzialverwaltungen übergehen, das heißt, Betriebe staatlichen Charakters werden. Von der Landesverwaltung eingesetzte Direktoren, denen Verwaltungsausschüsse zur Seite stehen, sollen diese Betriebe leiten.